

Kurzprotokoll Nr. 17 vom 05. März 2025 (ganztägige Sitzung)

Vorsitz	Peter Bühler, Grossratspräsident, Ettenhausen
Anwesend	125 Mitglieder am Vormittag 117 Mitglieder am Nachmittag
Ort	Rathaus Weinfelden

- 1. Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) (24/GE 2/19)** (Redaktionslesung, Schlussabstimmung). In der Redaktionslesung erfährt die Vorlage keine Änderung. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Gesetzesänderung mit 111:11 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu. Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen. Das Gesetz unterliegt der fakultativen Volksabstimmung.
- 2. Änderung des Gesetzes über die Zivil- und Strafrechtspflege (ZSRG), der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals (BesVO), des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) und des Verantwortlichkeitsgesetzes (VerantwG) (24/GE 3/20)** (Eintreten, 1. Lesung). Mit Botschaft vom 21. Mai 2024 unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat die Botschaft und den Entwurf zu den Änderungen des Gesetzes über die Zivil- und Strafrechtspflege (ZSRG), der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals (BesVO), des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) und des Verantwortlichkeitsgesetzes (VerantwG). In der 1. Lesung erfährt die Vorlage keine Änderung. Die 2. Lesung erfolgt an der nächsten Ratssitzung.
- 3. Interpellation von Barbara Dätwyler Weber, Edith Wohlfender-Oertig vom 24. Januar 2024 "Tarife der ambulanten Physiotherapie endlich der Teuerung anpassen" (20/IN 62/639)** (Beantwortung). Die Interpellantinnen beantragen Diskussion, die mit 82:12 Stimmen beschlossen wird.
- 4. Interpellation von Elisabeth Rickenbach, Roland Wyss, Mathias Dietz, Christian Stricker, Christina Fäsi, Roger Stieger vom 2. Oktober 2023 "Gerechtere Wahlen dank doppeltem Pukelsheim ermöglichen" (20/IN 54/580)** (Beantwortung). Die Interpellantinnen und Interpellanten beantragen Diskussion, die mit 71:26 Stimmen beschlossen wird.
- 5. Bevölkerungsschutzgesetz (BSG) (20/GE 33/677)** (Eintreten, 1. Lesung). Mit Botschaft vom 30. April 2024 unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat die Botschaft und den Entwurf zum Bevölkerungsschutzgesetz (BSG). Eintreten ist unbestritten. In der 1. Lesung wird einem Antrag zu § 4 mit 107:7 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt, Abs. 1 wie folgt zu ergänzen: "Dies gilt insbesondere, wenn eine oder mehrere Gemeinden betroffen sind." Einem Antrag zu einer Ergänzung von § 7 Abs. 1 wird mit 109:1 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt. § 7 Abs. 1 lautet neu wie folgt:

"Die Politischen Gemeinden sind auf ihrem Gemeindegebiet zuständig für die Anordnung einer besonderen Lage und für die Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen, soweit nicht die Region oder der Kanton die Führung übernimmt oder die Spezialgesetzgebung andere Zuständigkeiten definiert." Die 2. Lesung erfolgt an der nächsten Ratssitzung.

- 6. Regierungsrichtlinien Thurgau 2024–2028 (24/WE 1/35) (Diskussion).** Ein Ordnungsantrag auf Rückweisung wird mit 76:38 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Der Rat diskutiert über die vom Regierungsrat vorgelegten Regierungsrichtlinien für die Legislatur 2024–2028 und nimmt sie zur Kenntnis.

Traktanden 7 und 8 nicht behandelt.

Parlamentsdienste des Kantons Thurgau

Zur Veröffentlichung

- im Amtsblatt
- im Internet: www.parlament.tg.ch